



Können die Flüchtlinge bleiben oder müssen sie gehen? Bis diese Frage geklärt ist, muss das Landesamt für Ausländerangelegenheiten ihre Unterbringung organisieren.

FOTO: MICHAEL KANIECKI

Die Unterkunft ist „kein wirkliches Zuhause“

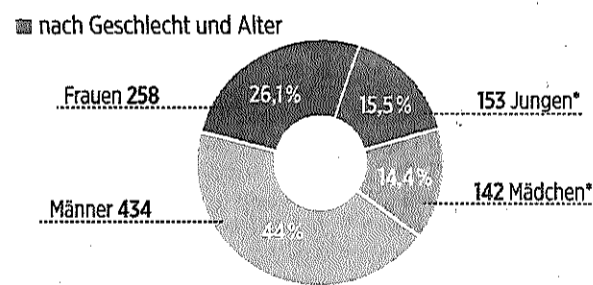
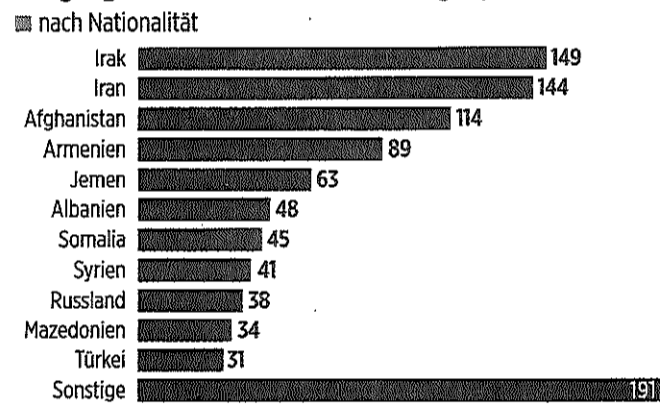
25 Jahre Landesamt für Ausländerangelegenheiten: Die Behörde organisiert den Aufenthalt der Flüchtlinge

VON STEPHAN URES

NEUMÜNSTER/BOOSTEDT. Der ganz große Zulauf an Flüchtlingen ist längst vorüber. Gut 5000 kamen 2017 nach Schleswig-Holstein, 2018 könnte es nach derzeitigen Prognosen ungefähr bei dieser Zahl bleiben. Im Krisenjahr 2015 dagegen waren es über sechsmal so viele. Die Probleme liegen jetzt nicht mehr im schieren Andrang der Asylsuchenden, sondern woanders: Viele haben gar keine Perspektive, in Deutschland zu bleiben, weil ihre Anträge abgelehnt werden, aber sie müssen trotzdem betreut und untergebracht werden, mitunter über Monate. Zuständig für den Aufenthalt ist das „Landesamt für Ausländerangelegenheiten“ in Neumünster, das jetzt ein Jubiläum feiert: Es besteht 25 Jahre.

„Wir wissen nicht, wer am nächsten Montag vor der Tür steht.“ So beschreibt Ulf Döhning die Herausforderung in seiner Arbeit. Er ist seit März 2000 Leiter des Landesamtes, das mit rund 130 Beschäftigten seine Dienststelle in der ehemaligen Scholz-Kaserne am Haart in Neumünster hat. Die Behörde muss flexibel reagieren können, erzählt Döhning, nicht nur auf schwankende Zugangszahlen, die von der weltpolitischen Lage ebenso abhängen wie von Regierungsentscheidungen in Berlin, sondern auch auf individuelle Umstände. Eine mehrköpfige Familie aus Syrien ist ein ganz anderer Fall als ein junger Mann aus Eritrea oder ein

Belegung der Erstaufnahmeeinrichtung Boostedt



Vater, der seine Angehörigen in Afghanistan zurückgelassen hat.

Das weiß auch Maria von Glischinski, die als Projektleiterin der DRK-Betreuungsgesellschaft für die Unterbringung in Boostedt und Neumünster zuständig ist. Mit gut

1700 Betten ist die ehemalige Boostedter Rantzau-Kaserne derzeit die größte Landesunterkunft vor Rendsburg (rund 1000) und Neumünster (knapp 800). Momentan leben knapp 1000 Flüchtlinge auf dem weitläufigen Gelände in den ehemaligen Truppenunterkün-



„Wir wissen nicht, wer am nächsten Montag vor der Tür stehen wird.“

Ulf Döhning, Leiter des Landesamtes

ten. Eltern mit Kindern schlendern die Kasernenstraßen entlang, ein Junge auf einem Roller fährt vorbei, vor einem Hauseingang steht eine Gruppe Männer. Zwischen den Wohnblocks liegen Rasenflächen. Nach Flüchtlingslager sieht das überhaupt nicht aus, aber DRK-Mitarbeiterin von Glischinski kennt die Befindlichkeiten ihrer Schützlinge: „Das ist kein wirkliches Zuhause.“ Die Bewohner können nicht selbst kochen, sondern erhalten Gemeinschaftsverpflegung von einem Catering-Unternehmen in der Kantine, sie müssen sich die Sanitäreinrichtungen mit anderen teilen. Kurzum: „Es ist kein selbstbestimmtes Leben.“ Dazu kommen das Warten und die Sorge, wie es weitergeht.

Für die Asylverfahren selbst ist das Landesamt nicht zuständig, die bearbeitet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, kurz Bamf. Es unterhält Dienststellen sowohl in Nachbarschaft zum Landesamt im Haart als auch in Boostedt. Die Neumünsteraner Landesbehörde kommt bei Asylbewerbern erst wieder zum Zug, wenn es um die Ausreise geht – entweder aus freien Stücken oder zwangsweise. Die freiwilligen Rückkehrer bilden dabei den größten Anteil, 2016 waren es rund zwei Drittel (von knapp 3000), 2017 sogar über drei Viertel (von 2100). Auch die Abschiebungen verliefen nur selten spektakulär. Die meisten fügten sich einsichtig in ihr Schicksal, so der Behördenleiter.

In Boostedt müssen viele

Asylbewerber oft monatelang bleiben – manche in Ungewissheit, manche aber auch schon mit der enttäuschenden Aussicht, dass sie irgendwann zurückgeschickt werden sollen. Für die rund 80 Rotkreuz-Beschäftigten formuliert Maria von Glischinski die Aufgabe so: „Unser Auftrag ist es, den Bewohnern den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen.“ Und dafür wird eine Menge getan: Beratung im Asylverfahren und in sozialen Belangen, Freizeitangebote mit Sport und Spiel, hausärztliche Versorgung, Kinderbetreuung, Gesprächsgruppen für Männer, Frauen und Jugendliche, gemeinsame Feste, eine Kleiderkammer. Ergänzt wird das Angebot um Sprachkurse der Volkshochschule und um Unterricht in örtlichen Schulen.

Die Spendenbereitschaft in der Bevölkerung ist dabei „deutlich zurückgegangen“, stellt von Glischinski fest. Salim Shahid, Leiter der DRK-Kleiderkammer in der Erstaufnahmeeinrichtung, bestätigt: „Ohne Spenden könnten wir hier dichtmachen.“ Er und seine ehrenamtliche Helfer betreiben die Bekleidungsabgabe fast wie ein kleines Kaufhaus: mit sortierten Ständern, mit Umkleidekabinen und Kundenansprache: „Wir bedienen Sie.“

Jenseits aller Gründlichkeit und Fürsorge, die den Flüchtlingen zuteil wird: Vieles in ihrem Leben steuert derzeit der Zufall. Maria von Glischinski erinnert sich: Eine syrische Familie aus der Unterkunft in der

Rantzau-Kaserne suchte nach Angehörigen, und ausgerechnet sie fand diese Verwandten. Bei einem privaten Hilfseinsatz – unter anderem unterstützt aus Boostedt mit vielen Spenden – in einem Lager in Griechenland. Flüchtlingschicksal.

Die Aufgaben

Das Landesamt für Ausländerangelegenheiten wurde am 1. April 1993 in Itzehoe gegründet. Anlass war die vorangegangene Flüchtlingswelle von 1991 und 1992, als vor allem Menschen aus den Ostblockstaaten nach Deutschland kamen, davon allein in jenen beiden Jahren über 20 000 nach Schleswig-Holstein. Seit 1998 ist das Landesamt in Neumünster untergebracht. Zuständig ist das Landesamt für alle jene Ausländer, die kein Visum haben, Asyl begehren, Bürgerkriegsflüchtlinge oder unerlaubt eingereist sind; außerdem auch für Spätaussiedler und jüdische Zuwanderer. Diese beiden Gruppen spielen zurzeit keine große Rolle. Die Ausländer werden nach einem Schlüssel auf die Bundesländer verteilt. Schleswig-Holstein muss 4,3 Prozent aufnehmen. Die Zuteilung übernimmt ein Computerprogramm, an dem alle zuständigen Landesbehörden angeschlossen sind.

Abschiebungen: Fehlende Ausweise verzögern die Verfahren

VON NIKLAS WIECZOREK

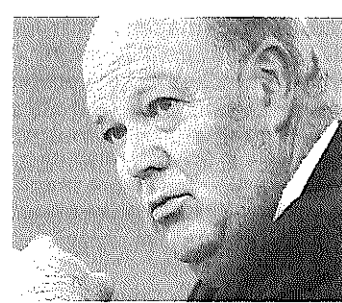
KIEL. In Schleswig-Holstein sinkt die Zahl der Ausreisen und Abschiebungen. Ein Grund sind immer häufiger fehlende Ausweisdokumente. Denn wer keine Papiere hat, kann auch nicht abgeschoben werden. Deshalb wird jetzt Kritik aus dem schleswig-hol-

Sammelabschiebungen organisieren, Identitäten klären, Pässe organisieren. „Eine deutlich aktivere Rolle“ dieses Zentrums fordert angesichts der steigenden Zahlen jetzt Schleswig-Holsteins Innenminister Hans-Joachim Grote (CDU). „Ich bin gespannt, welche Vorschläge der neue Bundesinnenminister

nisterium in Schleswig-Holstein auf – etwa 1000 mehr als noch vor einem Jahr. Warum die Menschen das Land nicht verlassen? Einige tauchen unter oder sind krank, andere erhalten auch Kirchenasyl – und immer mehr Personen können gar nicht ausreisen, weil sie schlicht keine Pässe haben. Mit Stand Februar 2018

tan, 153 aus Armenien, 123 aus der Russischen Föderation, 115 aus dem Irak und 78 aus dem Iran.

Und: In Schleswig-Holstein steigen diese Zahlen laut Innenministerium kontinuierlich. Noch vor einem Jahr waren es lediglich 862, ein Jahr zuvor 779 Duldungen wegen fehlender Dokumente. Wie



die Statistik keine Aussage darüber zu, ob bei Vorliegen von Dokumenten eine Abschiebung rechtlich und tatsächlich möglich ist“, so Hundertmark. Nach Afghanistan und in bestimmte Regionen des Iraks werden derzeit lediglich verurteilte Straftäter abgeschoben. Dennoch seien schnelle Abschiebungen not-